

2<sup>ter</sup> Band in 8<sup>vo</sup>

- 1., Bemerkungen über einige Punkte in einem Bericht.
- 2., Remarques sur quelques points y.
- 3., Briefe an meine Mitbürger 1<sup>tes</sup> Jgk.
- 4., Drosellbau 2<sup>tes</sup> Jgk.
- 5., Versuch über Lurand.
- 6., Versuch für Lurand.
- 7., Kurlandja bey Para y.
- 8., Quelque chose concernant la Supériorité y
- 9., Beiträge zur universalen Mathematik y
- 10., Compositions - Acte von 9<sup>to</sup>

# Bemerkungen

über

einige Punkte in einer Schrift

unter dem Titel:

Betrachtungen über das Herzogthum  
Kurland, von einem Polen.

Mantheyffel - Szegez, Carl

[Warschau 1783]

Zu einer Zeit, wo jeder würdige und von Eifer belebte Pole, dem nichts so wichtig ist, als thätig an der Wohlfahrt seines Vaterlandes zu arbeiten, jeden andren Gegenstand ganz natürlich sehr gleichgültig ansehen muß; hat der Verfasser der Betrachtungen über Kurland durch hinterlistige und beleidigende Fragen das Publikum irre führen und diese Gelegenheit benutzen wollen, um im Trüben zu fischen. Obgleich die meisten Leser in dem Verfasser der erwähnten Schrift nur die äußerste Bosheit und grobe Unkunde in den Gesetzen und der Geschichte von Kurland gesehen haben; so hält es der Verfasser dieser Bemerkungen doch für zuträglich, dem Publikum folgende Aufklärungen vor Augen zu legen.

Es ist wahr, daß Se. Maj. König August II und die auf dem Reichstage 1726 versammelte



Durchlauchtigste Republik Polen eine Konstitution machten, worin festgesetzt ward: Falls das Lehn Kurland erledigt würde, so sollte es wieder mit dem Königreiche Polen und dem Großherzogthume Lithauen vereinigt werden. Zu gleicher Zeit ward eine Kommission ernannt, die sich in eben dem Jahre nach Kurland begab, und 1727. unter dem Namen *Ordinatio* den Plan zu einer Regierungsform entwarf, welche im erwähnten Fall der Erledigung Statt finden sollte. Aber doch ward der Plan dieser Kommission auf dem Pacifikations-Reichstage im Jahre 1736 keinesweges bestätigt; im Gegentheil setzte dieser vielmehr fest, daß, dem Unterwerfungs-Vertrage von 1561 und der Regierungsformel von 1617 zufolge, Kurland inskünftige unter Herzoglicher Herrschaft bleiben, und daß Se. Majestät, falls das Lehn erledigt würde, die Investitur dem oder dem geben sollten, den Sie für gut finden würden. Ueberdies ward, um sowohl für den Vortheil der Durchlachtigsten Republik, als für das Wohl Kurlands zu sorgen, die Dauer dieser Kommission vom Jahre 1726 verlängert, und sie selbst autorisirt, mit dem künftigen Herzoge, den Se. Majestät ernennen würden, ein Uebereinkommen zu treffen.

Man kann nicht läugnen, daß Ihro Kaiserl. Maj. die Hochselige Kaiserin Anna sich bei der Kurländischen Ritterschaft sehr zu Gunsten des Reichsgrafen Johann von Biron interessirt hat \*); aber die Folge davon war, daß der Graf

\*) Man muß indeß bemerken, daß der Gedanke, diesem Herrn Kurland zu geben, nicht an dem Petersburger Hofe entsann-

Biron den 12. Jun. 1737 von der Ritterschaft zum Herzoge von Kurland gewählt, und von eben derselben der Starost von Heikling als ihr Delegirter nach Fraustadt geschickt ward, um den damals regierenden König zu bitten, daß er dem Grafen E. J. von Biron das Investitur-Diplom über Kurland ertheilen möchte.

Das Resultat des Senatus Consilium, welches den 8. Jul. 1737 zu Fraustadt gehalten ward,

den ist. Das Projekt dazu war in Polen unter der Regierung König August's II gemacht worden; und August III erneuerte aus Erkenntlichkeit für die Dienste, welche der Graf ihm geleistet hatte, eben denselben Vorschlag. Dies beweist ein aus Warschau unter dem 23. November 1734 datirtes Reskript an seinen Minister in Petersburg, den Grafen von Lynar, worin sich unter andern folgende merkwürdige Stelle findet: "So ist uns unter andern in Erinnerung gekommen, daß noch zu Lebzeiten Unsers in Gott entschlafnen Herrn Vaters Maj. obgedachtem Ober-Kammerherrn, unter gewissen damals vorgewesenen Absichten, zu dem Herzogthum Kurland Hoffnung gegeben worden. Wiewohl nun derselbe dazumal keine sonderliche Lust dazu bezeigt, so könnte es doch wohl geschehen seyn, daß er zu selbiger Zeit den Antrag davon mehr wegen der angehängt gewesenen Konditionen und der dabei befundenen Schwierigkeiten, als aus den alsdann vorgeschützten Ursachen abgelehnet; nunmehr aber, da die Konjunkturen favorabler worden — " — "würde es bloß darauf ankommen: ob dem Grafen von Biron mit dem Herzogthum Kurland, nach Ableben des Herzogs Ferdinand, ein Geschehen geschehen könne, oder nicht." 2c. 2c.

Hierher gehört auch der Brief eben dieses Königs an den Ober-Kammerhern Grafen von Biron, vom 22. Februar 1736. Nachdem dieser Souverain darin dem Letztern das Herzogthum angeboten hat, fährt er fort: "Ich verhoffe, es werde der Herr Graf seine sonst bekannte Bescheidenheit Sich nicht abhalten lassen, meiner guten Absicht wenigstens durch stillschweigende Annahme die Hand zu bieten."



enthält Folgendes: „Da, kraft der Konstitution des Pacifikations-Reichstages vom Jahre 1736 der König autorisirt ist, einen neuen Herzog von Kurland zu ernennen; so will Se. Majestät solches wohl effectuiren, und der schon ernannten Kommission Instruktionen über Ort, Zeit und die Art der Ausführung geben, und zugleich allen Erben der erloschenen Familie Kettler, desgleichen auch den Gläubigern des verstorbenen Herzogs Ferdinand befehlen, sich vor dem ernannten Gerichte zu stellen, um daselbst ihre Ansprüche und Forderungen zu produciren, damit ihnen, was Rechtens ist, geschehe.“

Den 13. Jul. 1737 gab der König dem Reichs-Grafen E. J. von Biron das provisionelle Investitur Diplom über das Herzogthum Kurland. Se. Majestät bedienen sich in diesem Diplom folgender Ausdrücke: „Da Wir berechtigt sind, einen neuen Herzog von Kurland zu erwählen; so achten wir auf das Gesuch der Ritterschaft: und da wir auf des Grafen E. J. von Biron Verdienste um Unse Person Rücksicht nehmen, so wählen, ernennen und bestätigen Wir ihn zum Herzog von Kurland auf eben die Art, wie dies Herzogthum im Jahre 1561 dem Gotthard Kettler konferirt worden ist, so daß derselbe Unser Vasall und Lehnsfürst, und Mitglied der Republik Polen seyn soll.“

Die Konvention über die Lehnsgerechtigkeit ward den 12. November 1737 in Danzig geschlossen, einer Seits von den Kommissarien des Königs und der Republik, und andrer Seits von dem Kanzler

Freiherrn von Fink, Bevollmächtigten des Herzogs Ernst Johann.

Selbst noch vor dem Schlusse dieser Danziger Konvention und vor der feierlichen Investitur, empfahl Se. Majestät unter dem 14. Jul. 1737 den Ständen von Kurland in einem Mandat Gehorsam gegen den Herzog Ernst Johann, und zugleich bewilligte Se. Majestät dem Herzoge, daß es ihm erlaubt seyn sollte, von Petersburg aus, wo er sich damals befand, sein Herzogthum zu regieren; dies geschah denn theils durch Verordnungen, die er von Petersburg schickte, theils durch andre, die er von den Oberräthen in dem Herzogthume selbst entwerfen ließ.

Den 20. März 1739 empfing der Herzog Ernst Johann, nachdem er vorher die nöthige Dispensation erhalten hatte, die feierliche Investitur durch seinen Bevollmächtigten den Kanzler Freiherrn von Fink. In dem Haupt- Investitur- Diplom wird das Gesuch der Ritterschaft nicht erwähnt. Der König sagt darin bloß: "er ernenne den Grafen E. J. von Biron zum Herzoge von Kurland, in Gemäßheit seines Rechtes, einen neuen Herzog zu ernennen, und in Rücksicht auf des Grafen von Biron Verdienste gegen seine Person." Uebrigens ist das Haupt- Diplom dem provisionellen vom Jahre 1737 gänzlich gleich.

Auf dem Konvokations- Reichstage vom Jahre 1764, während des Interregnums, ward durch eine Konstitution vom 23. Jun. die unbestreitbare Gültigkeit des Investitur- Diploms festgesetzt, wel-

ches der Herzog Ernst Johann, der Konstitution des Pacifikations-Reichstages vom Jahre 1736 gemäß, von dem Könige August III bekommen hatte, und zugleich ward ausgemacht, daß der Herzog gehalten seyn sollte, von dem künftigen Könige, entweder in eigener Person, oder durch seinen Sohn den Erbprinzen, die Belehnung anzunehmen, daß aber in Zukunft weder der Herzog, noch seine Nachfolger jemals sollten in die Dienste irgend einer fremden Macht treten können.

Auf eben diesem Konvokations-Reichstage übergaben der Fürst Primas Wladislas Lubiencki und der Marschall der General-Konföderation, Fürst August Czartoryski, unter dem 11. Jul. dem Russischen Ambassadeur eine Note, worin sie Ihro Majestät der Kaiserin von Rußland vortrugen: "Da es die gegenwärtigen Umstände nicht erlaubten, Truppen nach Kurland zu schicken, um die darin herrschenden Unruhen zu stillen; so bitte man diese Fürstin, dem Herzoge Ernst Johann die nöthige Hülfe gegen diejenigen vom Adel zu leisten, die ihn nicht als Herzog anerkennen wollten und sich seiner abermaligen Installation widersetzten." Dieser Requisition von Seiten der Republik zufolge, brachten Ihro Majestät die Kaiserin diejenigen, die sich von ihrer Pflicht entfernt hatten, wieder zu ihr zurück.

In den *Pactis conventis* des jetzt regierenden Königs, versprachen Se. Majestät auch, den Herzog Ernst Johann, der Konstitution des Konvokations-Reichstages gemäß, in seinem Herzogthume



zu schütten; und durch eine Konstitution des Krönungs-Reichstages vom 20. December, ward das gültige Recht des Herzogs Ernst Johann auf das Herzogthum Kurland von neuem bestätigt. Demzufolge erhielt der jetzige Herzog, damaliger Erbprinz, den 31. December eben des Jahres die Investitur sowohl für seinen Vater, als für sich, und empfing von dem jetzt regierenden Könige die Belehnung.

Auf dem Konföderirten Reichstage vom Jahre 1768 ward das Recht des Herzogs Ernst Johann von neuem bestätigt, und unter andren festgesetzt: 1) das Herzogthum Kurland solle auf immer unter der Herrschaft eines Herzogs bleiben; und 2) die Herzoglichen Domainen in Ansehung der Vergrößerung ihrer Einkünfte bloß der persönlichen Disposition des Herzogs verbleiben, und inskünftige solle und könne sich Niemand in die ökonomischen Einrichtungen mischen, welche der Herzog zu machen für dienlich halten würde \*).

Man sieht aus den vorstehenden Punkten: 1) daß der König August III das Recht hatte, den

\*) Diese Disposition muß nicht so angesehen werden, als ertheilte sie dem Herzoge ein neues Recht; denn sie bestätigt nur die alten Gesetze, in welche man Eingriffe zu thun versucht hatte. Da das unbeschränkte Recht des Herzogs in Ansehung der ökonomischen Disposition über seine Domainen eine unmittelbare Folge des direkten Besizes ist, so muß es eben so alt seyn, als das Lehn selber, so wie es auch der Adel selbst in der Kompositions-Akte, welche von der Kommission im Jahre 1642 entworfen ist, anerkannt hat. Es heißt nemlich daselbst §. 6. "Die Dekonomika bleiben NB. wie vor dem zu Thro Fürstl. Gnaden eigener Disposition."

Grafen Ernst Johann von Biron zum Herzoge von Kurland zu ernennen; 2) daß das Investiturs-Diplom des Herzogs Ernst Johann gesetzmäßig ertheilt und das Recht des jetzigen Herzogs unwidersprechlich ist, indem die auf den folgenden Reichstagen so oft wiederholten Bestätigungen hierüber gar keinen Zweifel übrig lassen; 3) daß nicht der Herzog die Russischen Truppen nach Kurland gerufen hat, sondern daß sie auf die Requisition des Konvokations-Reichstages gekommen sind; endlich 4) daß das Herzogthum Kurland nicht allein kraft des Unterwerfungs-Vertrages vom Jahre 1561 und der Regierungs-Formel vom Jahre 1561, sondern auch dem Pacifikations-Reichstage vom Jahre 1736 und dem Konföderirten Reichstage vom Jahre 1768 gemäß, auf immer unter der Herrschaft eines Herzogs bleiben muß.

Es hat dem Verfasser der Bemerkungen beliebt, §. 15. zu behaupten: der Kurländer, der das Mittel gefunden habe, den Herzog zu verhindern, daß er nicht durch Hülfe Rußlands Ungerechtigkeiten in seinem Lande begehen könne, verdiene eher gelobt, als in den Verdacht einer Neigung gegen Rußland gezogen zu werden. Warum hat denn der Verfasser den Namen dieses würdigen und patriotischen Kurländers nicht genannt? Warum hat er denn zu erwähnen vergessen, daß dieser brave Staatsbürger, um in seinem Plane glücklich zu seyn, eine Reise nach Petersburg machte, und daß einige Monate nachher eine Konvention zwischen Rußland und Kurland zu Stande gebracht ward, welche sowohl für Kurland,



als für Polen mehr als Einen großen Verlust verursacht hat? Warum hat er zu sagen vergessen, daß dieser würdige Kurländer von dem Russischen Hofe sehr wohl für den Beistand belohnt worden ist, welchen er den Russischen Komissarien zum Abschluß dieser Konvention mit Rath und That geleistet hat? Warum sagt er ferner nicht, daß gleich nach dem Abschluß dieser Konvention mehrere Mitglieder des Russischen Ministeriums sich für diesen würdigen Kurländer bei dem Herzoge interessirt haben, so daß dieser Fürst gewissermaßen gezwungen war, ihm ein großes Herzogliches Gut erb- und eigenthümlich zu konferiren? Warum vergaß er ferner anzuführen, daß dieser brave Staatsbürger das Gut, das er von dem Herzoge erb- und eigenthümlich bekam, in einem Zeitraum von drei Jahren mit einer Schuldenlast von beinahe achtzigtausend Dukaten beschwerte, die er theils zu seinen Vergnügungen, theils zu Geschenken für seine Beschützer und Freunde in Rußland verwendet hat? Warum vergißt er, daß während der letzten Abwesenheit des Herzogs die Oberräthe, um diesen würdigen Mitbürger aus der Verlegenheit zu ziehen, sich von dem Russischen Minister zu Mietau haben bereden lassen, dieses Gut wiederzukaufen, und 100,000 Dukaten aus der Herzoglichen Kasse dafür zu bezahlen, da es doch höchstens nur sechzigtausend Dukaten werth ist? \*) Noch mehr: Warum

\*) Eben derselbe, der das Gut für 100,000 Dukaten verkaufte, hatte es vorher in Pacht, und bezahlte dafür nur 642 Dukaten jährlich. Seitdem hat er sich mehr als Einmal erbotten, es dem Herzoge, oder irgend einem Partikulier für 50, 40,



hat er zu sagen vergessen, daß eben dieser würdige Kurländer, der Liebling Rußlands in Kurland, da er sich gegenwärtig in einer sehr üblen Lage und außer Stande befindet, die bisher geführte Lebensart fortzusetzen, der Unstifter der Unruhen geworden ist, welche jetzt Kurland in Bewegung setzen, indem er nichts mehr zu verlieren, wohl aber Alles zu gewinnen hat, wenn er sich auf den Schutz Rußlands stützt? — —

Obgleich die Einkünfte des Herzogthums Kurland äußerst hoch geschätzt, sich nur auf 140,000 Dukaten \*) belaufen; so hat der Verfasser der Betrachtungen es doch dienlich gefunden, sie bis auf 300,000 Dukaten zu erhöhen, und daraus denn beweisen wollen, der Herzog von Kurland habe in einem Zeitraum von 20 Jahren 5,000,000 Dukaten aus dem Lande gebracht. Dieser Rechnung zufolge müßte der Herzog jährlich 250,000 Dukaten ausführen und 50,000 für die Bedürfnisse des Staates verwenden. Aber, nie ist es möglich, daß der Herzog, der nur 140,000 Dukaten jährlicher Einkünfte hat, jährlich 250,000 aus dem Lande bringen kann? Ueberdies, wie ließe es sich glauben, daß ein Herzog von Kurland die Bedürfnisse des Staates und seines Hofes mit 50,000 Dukaten bestreiten könne?

60 oder 80 tausend Thaler wieder zu verkaufen, wie diese Personen es bezeugen können.

\*) Und auch diese Summe ist noch viel zu hoch; die Einkünfte, deren der Herzog gegenwärtig genießt, belaufen sich, nach einer von der Herzoglichen Finanz-Kammer bestätigten Berechnung, nicht ganz auf 125,000 Dukaten.

Der jetzt regierende Herzog von Kurland hat zwar, auf den Rath des Hochseligen Königs von Preußen, das Herzogthum Sagan in Schlesien von dem Fürsten Lobkowitz gekauft, und schon einen Theil der stipulirten Summe bezahlt \*); aber nicht als Herzog, und mit den Einkünften des Herzogthums Kurland, sondern mit den Einkünften der Grafschaft Wartemberg in Schlesien, die er seit langer Zeit, und mit seinen Erbgütern in Kurland, die er als Erbe besitzt. Der Herzog konnte bis jetzt geradezu gar nichts von den direkten Einkünften des Herzogthums zurücklegen; denn da es ihm als Lehn konferirt wurde, war es so mit Schulden beladen, daß er sie nur durch unausgesetzte Ersparungen zum Theil hat tilgen können.

Aber auch angenommen, er habe von den eigentlichen Einkünften des Herzogthums einige Summen gesammelt (was indeß ganz und gar nicht der Fall ist;) was für einen gegründeten Vorwurf könnte man ihm darüber machen? Sind die Einkünfte des Herzogthums nicht sein Eigenthum? Oder ist ein Herzog von Kurland durch ein Gesetz verpflichtet,

\*) Es ist seit der Thronbesteigung Sr. Majestät des Königs von Preußen kein Geheimniß mehr, daß vorher der Herzog von Kurland die Einkünfte von Wartemberg dem Kronprinzen zukommen ließ; und da er unmittelbar nach dem Regierungsantritt Sr. Majestät diese Vorschüsse mit den aufgelaufenen Interessen wieder bekam, so verwandte er die Summe zu dem Ankauf der neuen Besitzungen in Schlesien. Doch weil sie nicht hinreichte, so ließ er in Holland eine Anleihe von 200,000 Dukaten negotiiren, und verpfändete für die Sicherheit derselben einen Theil seiner Allodial-Güter: und diese Schuld ist noch nicht getilgt.

Rechnung von den reinen Einkünften abzulegen, die ihm noch übrig bleiben, wenn er den zu den Bedürfnissen des Staates nöthigen Aufwand bestritten hat? Wäre das Schicksal eines Herzogs nicht sehr hart und beschwerlich, wenn er von seinen Einkünften und Ausgaben Rechnung ablegen müßte? Und doch scheint der Verfasser der Betrachtungen dies zu verlangen.

Hat der Herzog bis jetzt keine nützliche Manufakturen in Kurland angelegt, so hat er doch eine vortrefliche Akademie gestiftet, die wohl eine Manufaktur aufwiegt. Ueberdies muß man bedenken, ob es, zu einer Zeit, wo die Existenz des Staates nur sehr unsicher war und von den Ereignissen abhing, wohl der Klugheit gemäß gewesen wäre. Der Manufakturist würde, da er keine Sicherheit für sich fand, nicht allein seine Arbeit nicht haben fortsetzen können; sondern die Summen, die man zur Anlegung der Fabriken und zur Aufführung der Gebäude angewandt hätte, würden ohne dieselbe auch gar keinen wesentlichen Nutzen gebracht haben. Die Oberlehnsmacht vollende nur das Werk, das sie so glorreich angefangen hat, und gebe ihrer Regierung Festigkeit und Sicherheit; dieser Schritt wird auch das Lehn sichern. Dann ist mit Grunde zu hoffen, daß Kurland in einen blühenden Zustand kommen wird, besonders wenn der Herzog ein wenig freier athmen kann; denn bis jetzt sind so viele, immer neue Forderungen gemacht worden: und die Bemühung, sie freundschaftlich abzutheilen, hat ihm nur zu viel gekostet.



Das Publikum würde erstaunen, wenn man hier die ungeheuren Summen hersehete, die der Herzog aufgewandt hat, um sich Ruhe zu erkaufen. So spricht denn der Verfasser der Betrachtungen auf ein Gerathewohl und ganz ohne alle Kenntniß von den Einkünften und der besondern Oekonomie des Herzogs. Auf der andern Seite erwähnt er aber gar nichts von der Verschwendung der Herren Rätke und von allen ihren ungesetzmäßigen Schritten, welche doch unwidersprechlich gewiß sind. Läßt es sich läugnen, daß diese Herren, während der Abwesenheit des Herzogs die Schulden des Herzogthums durch verschiedne Geschenke in baarem Gelde, z. B. durch eins von 19,500 Dukaten an den Russischen Minister, beträchlich vergrößert haben?

Wenn der Verfasser der Betrachtungen dem Herzoge von Kurland vorwirft, er habe nach seiner Zurückkunft, den Principien der Gerechtigkeit und den Landesgesetzen zuwider, sich zum Richter in seiner eignen Sache gemacht — giebt er da nicht augenscheinlich Gelegenheit zu der Voraussetzung: er sei eine Kreatur der Rätke, und habe es daher unternommen, dem Publikum Unwahrheiten vorzulegen, um durch boshafte Verläumdungen den Herzog anzuschwärzen? Jeder vernünftige Mensch kann leicht begreifen, daß man den Herzog keinesweges so ansehen kann, als habe er sich zum Richter in seiner eignen Sache gemacht, da er, dem Gesetze gemäß, sich an Se. Majestät gewandt und sich über die schlechte und mißbrauchsvolle Verwaltung der Herrn Rätke beschwert hat.

Warum sagt denn der Verfasser der Betrachtungen nicht, daß auch eben diese Räte sich an Se. Majestät gewandt und Dieselben ausdrücklich gebeten haben, den Herzog durch ein Reskript zu verpflichten, Alles zu billigen, was sie während seiner Abwesenheit gethan hatten? Wenn der König durch das Gesetz berechtigt ist, den Herzog durch ein Reskript zu verpflichten, den Landes-Konstitutionen gemäß zu handeln; so ist er ganz natürlich auch berechtigt, diejenigen dazu zu verpflichten, die während der Abwesenheit des Herzogs, eben diesen Konstitutionen zufolge, die Herzogliche Macht zu verwalten gehabt haben, sobald Se. Majestät unterrichtet sind, daß jene durch das Gesetz bestimmte Administratoren ihre Macht auf eine unerlaubte Art mißbrauchen; und dies ist während der letzten Abwesenheit des Herzogs wirklich geschehen. Jeder, der Gesetz und Billigkeit kennt, beurtheile, ob es, eben dem Gesetze gemäß, in der Macht der Herren Administratoren stand, zu Lasten des herzoglichen Schatzes beträchtliche Geschenke zu vertheilen, neue Würden einzuführen, lebenslängliche Pensionen auszusetzen, einige Güter des Herzogs dem Russischen Minister unentgeltlich in Pacht zu geben, andre zu verkaufen, die Besoldungen der Staatsofficianten zu erhöhen und die Schulden des Herzogthums zu vergrößern? Und dies haben die Herren Räte während der Abwesenheit des Herzogs gethan, wie es in dem vor kurzem gedruckten Briefe eines Kurländers an den Fürsten R. ausführlich bewiesen worden ist.

Was den Einwurf betrifft, den der Verfasser der Betrachtungen Ihren Excellenzen den Herren Kanzlern der Krone und Litthauens macht, daß sie, in dem unter dem 15 Januar 1788 erlassenen Reskript Sr. Majestät, dem Könige das *Dominium supremum & directum* zugestanden haben; so bemerke ich dabei:

1) Es ist eine unwidersprechliche Wahrheit, daß das *Dominium supremum & directum* eigentlich dem Könige und der Republik gemeinschaftlich zukommt.

2) Indesß folgt daraus nicht, daß der Ausdruck *ex autoritate nostra regia & supremi Domini* hier gesetzwidrig gebraucht worden ist; denn eben dieser Ausdruck findet sich in den Fundamental-Gesetzen des Herzogthums Kurland \*) und er war sogar in dem Lehnsseide sowohl der alten als der neueren Herzoge von Kurland gebräuchlich \*\*).

3) Es folgt also daraus keinesweges, daß durch einen solchen Ausdruck nur der geringste Eingriff in das *Condominium supremum ac directum* geschehe,

\*) Formula Regiminis de anno 1617. § 20. „Quod si etiam Sacra Regia Majestas quibusdam ex Ducatu Curlandiæ salvum conductum tribuendum existimaverit, illi pro jure Regiæ Majestatis in hunc Ducatum supremo directoque Dominio, apud illustrem Curlandiæ Principem, successoresque ejus sacrosancti semper erunt, ac esse debebunt.“

\*\*) Diploma Investituræ Duci moderno Petro, datum 3 Januarii 1764. „Ego Petrus . . . juro tibi Serenissimo Stanislaſo Augusto, Regi Poloniæ & magno Duci Lithuanix, sicut meo naturali directo, supremo & immediato Domino ac Successoribus tuis legitimis Regibus Poloniæ, Dominis meis, & Reipublicæ“ . . .



oder es die mindeste Aenderung leide. Folglich sind Ihre Excellenzen die Herren Kanzler weder ihrem Eide, noch den Rechten des Königs und der Republik zu nahe getreten, wie der Verfasser der Betrachtungen den Einfall gehabt hat, so dreist, oder, richtiger, so unverschämt, zu behaupten.

Da der Verfasser der Betrachtungen so viele Fähigkeit zum Fragen zeigt, so ist zu hoffen, daß er eben so viele bei den Antworten auf folgende Fragen zeigen wird:

1. Welchem Befehle gemäß konnten die Herren Oberärzte, die, dem 4 § der *Formula Regiminis* \*) zu Folge, während der Abwesenheit des Herzogs nur bloße Administratoren des Lehns sind, und die Staatsangelegenheiten nur im Namen des Herzogs verwalten müssen — welchem Befehle gemäß, sage ich, konnten sie, während der letzten Abwesenheit des Herzogs, dem Russischen Minister ein Geschenk von 19,500 Dukaten aus der Herzoglichen Kasse machen, und ihm zwei beträchtliche Güter, die jährlich 6,000 Dukaten einbringen, unentgeltlich in Pacht geben?

2) Wel-

\*) *Formula Regiminis* de anno 1617. §. 4. „Principem si abesse, a Ducatu, vel minorennem, aut infirmum esse, vel etiam, mori contigerit, Consiliarii jurisdictionem & judicia exercere, Mandata & Sententias aliaque administrationis munia, Principis nomine, quamdiu in vivis erit, expedient ac promulgabunt, atque hæc Jurisdictio eorum etiam mortuo Principe indivisa atque in solidum censi debet, ut uno, pluribusve eorum defunctis, reliqui munere suo plene fungantur. Jure tamen Sacræ Regiæ Majestatis ac Reipublicæ, per omnia & in omnibus salvo”.

2) Welchem Gesetze gemäß haben die Herren Räte die neue Würde eines Oberforstmeisters eingeführt, von der man bisher im Lande nichts wusste \*)? Wie konnten sie diesem ungesetzmäßig ernannten Staatsofficianten eine Pension von 750 Dukaten auf die Kasse des Herzogs anweisen?

3) Welches Recht hatten die Herren Räte, alle Oekonomieen des Herzogs zu zerstückeln, und alle seine Güter zu einem so mäßigen und zu ihrem wirklichen Ertrage so wenig proportionirten Preise in Pacht zu geben? und was noch mehr ist, durch das *Laudum publicum* festzusetzen, daß der Herzog in Zukunft schlechterdings verpflichtet seyn soll, seine Güter zu verpachten, deren freie Verwaltung ihm doch durch das Investitur-Diplom und durch das Gesetz vom Jahre 1768 zugestanden worden ist? \*\*)

4) Welches Recht autorisirte denn die Herren Räte, ohne Einwilligung des Oberlehns Herrn ein

\*) Ihre Vorgänger waren völlig überzeugt, daß sie hierzu kein Recht hätten; denn sie erklären es, in einer unter dem 17 Febr. 1728 gegebenen Resolution, einem gewissen von Rapp, gewesenem Haus-Marschall, der sie um die Oberforstmeisters Würde bat. Sie antworteten ihm geradezu: "sie wären nicht berechtigt, neue Würden einzuführen, und folglich könnten sie sein Gesuch nicht bewilligen."

\*\*) Die Konstitution von 1768, fol. 115. §. 5. f. tit. das Herzogthum Kurland und Semgallen, enthält Folgendes: "Sowohl die Tafel, als die andren Güter des Herzogs sollen, in Ansehung dessen, was ihre Amelioration und die Vermehrung ihres Ertrages durch eine bessere Oekonomie betrifft, auf immer zur freien Disposition und Verwaltung der Person des Herzogs bleiben, und Niemand sich in seine ökonomischen Einrichtungen mischen."

schönes Gut, das einen Theil von den Besitzungen des Herzogs ausmachte, bei weitem unter dem wirklichen Werthe zu verkaufen, obgleich die *Pacta Subjectionis* \*) ausdrücklich sagen: Wenn der Herzog von Kurland irgend etwas zum Lehn Gehöriges verkaufen, vertauschen oder versetzen will, so muß er sich vor allem an den Oberlehns Herrn wenden, und dessen Einwilligung nachsuchen.

5) Aus welchem Rechte haben die Herren Räte dem Herrn von Saß, gewesenen Oberburggrafen, eine Pension von 500 Dukaten auf die Kasse des Herzogs angewiesen? Welches Recht in der Welt giebt dem Administrator die Macht, nach Willkühr über das Vermögen des Besitzers und seines eignen Herrn, sei es nun auf eine bestimmte Zeit, oder auf immer, zu disponiren?

6) Mit welchem Rechte haben denn die Herren Räte die Pensionen der Assessoren und Officianten bei der Kanzlei und der Kammer erhöht, ob man gleich in der Commissorialen Decision vom Jahre 1717 \*\*) vorsichtig festgesetzt hat, daß sie

\*) *Pacta subjectionis* inita Vilnæ 28 Novembr. Anno 1561. "Si „quid Illustritatis suæ vendendum, impignorandum, per- „mutandumve fuerit, super hoc Illustrati ejus libertatem, fa- „cultatemque concedimus, ita tamen ut ad nos & serenissi- „mos Successores nostros de eo primo loco referatur, nobisque „optio detur, si talem oppignorationem ipsi acceptare volue- „rimus: sin minus, tum Illustritati ejus liceat cui volet".

\*\*) *Decisio commissorialis* de Anno 1717. "Ratione autem sala- „riorum debitorum, ut in futurum, absente Principe, per „Collegium consiliariorum, generosis Consiliariis & Capita- „neis, omnibusque aliis Officialibus solita provisio ex ærario „& proventibus ducalibus exsolvatur & suppeditetur, senten- „tionamus & mandamus".



bloß die einmal angewiesenen Pensionen auszahlen sollen; welches auch in der Antwort des Königs vom Jahre 1746 \*) ausdrücklich wiederholt worden ist.

7) Aus welchem Grunde hat denn ein Theil der Deputirten zum letzten Landtage, aus eignem Antriebe und ohne Theilnahme des Herzogs, folglich ungesetzmäßig, den Landtag vom 1. April bis zum 15 Junius, und dann wieder bis zum Anfange des nächsten Jahres limitiren können? Kommt es, dem 27 §. der *Formulæ Regiminis* zufolge, nicht dem Herzoge zu, den Landtag alle zwei Jahre zusammen zu rufen? Sind die Deputirten auf der Einen Seite, und der Herzog auf der andren, nicht verpflichtet, sich mit einander über die Limitation des Landtages zu verstehen? und müssen sie nicht zuerst unter sich ausmachen, ob der Landtag entweder geendigt oder bloß prorogirt werden soll? Wird zur Prorogation des Landtages nicht die vorläufige und legale Einwilligung des Herzogs und der Deputirten und die förmlich geschlossene und von dem Herzoge, den Räten, dem Marschall und allen Deputirten unterzeichnete Akte erfordert? Sind die Deputirten nicht verpflichtet, innerhalb vierzehn Tagen nach der Prorogation des Landtages ihren respektiven Distrik-

\*) Responsum Regium datum nobilitati die 10 Decembr. Anno 1746. „Et quamvis S. R. Majestatis mens summe sit prona ad „clementiam & propensam suam voluntatem omnibus fidelibus subditis suis, ita & generosis consiliariis demonstrandam, nihilominus eadem perspectum habet, quod augmentum „salariorum absque consensu Domus ducalis utpote, quæ de „suo illa præstare deberet, rebus uti nunc stantibus commodè „fieri nequeat”.

ften Bericht davon abzustatten, ihren Mitbürgern die Prorogations - Akte vorzulegen und von ihnen die nöthigen Instruktionen zu dem Verhalten zu verlangen, das sie weiter auf dem Landtage zu beobachten haben?

Da alle diese Formalitäten unterlassen worden sind; da die Herren Deputirten sich erst den 15. Jun. wieder von neuem versammelt haben, und da der Herzog Grund hat, bei der Form dieser Versammlung nicht für Nichts gelten zu wollen: folgt hieraus nicht, daß Alles, was die Deputirten für sich selbst beschlossen haben, ungesetzmäßig und ungültig ist? und muß also die Prorogation des Landtages bis zum folgenden Jahre nicht ebenfalls als ungesetzmäßig und ungültig angesehen werden?